

„Humanitären Anspruch erfüllen“

Ostfildern: Sozialminister Manfred Lucha besucht Integrationsprojekt und sagt die Unterstützung des Landes zu

Von Peter Stotz

Das Land will das Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe stärken, sagte der baden-württembergische Minister für Soziales und Integration, Manfred Lucha (Grüne), am Dienstag in Ostfildern. Auf seiner Sommerreise zu Sozialprojekten besuchte er das Projekt Integration-Beschäftigung-Unterstützung-Sprache, kurz Ibus. „Gleichzeitig ist es unser Ziel, hauptamtliche Strukturen von Seiten des Landes zu verstetigen, und das nicht erst am St.-Nimmerleins-Tag“, ergänzte er. Im Gespräch mit Haupt- und Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe sowie mit Geflüchteten sicherte Lucha politische Unterstützung für die Integration und den Aufbau von Bleibeperspektiven für Flüchtlinge zu.

In Ostfildern folgte der Sozialminister gemeinsam mit der Esslinger Landtagsabgeordneten Andrea Lindlohr (Grüne) der Einladung des Kreisdiakonieverbands Esslingen. Ibus ist ein Kooperationsprojekt des Diakonieverbands, der Stadt Ostfildern und des Freundeskreises Asyl, das geflüchteten Menschen die Möglichkeit bietet, Grundqualifikationen in Handwerksberufen zu erwerben, um eine schnelle Integration in die Arbeitswelt zu fördern. Daneben werden ein Job- und Sprachcafé sowie Werkstätten angeboten. Die Stadt unterstützt die Flüchtlingshilfe mit einer Integrationsbeauftragten und einer Ehrenamtskoordinatorin. Große Teile der Unterstützung und Alltagshilfen leisten Ehrenamtliche. „Integration ist bei uns tatsächlich nicht Chefsache, sie ist Bürgersache“, betonte Oberbürgermeister Christof Bolay.

Der Minister erfuhr allerdings in den Gesprächen mit Haupt- und Ehrenamtlichen und nicht zuletzt mit Geflüchteten selbst, dass Bleibeperspektiven und Integrationsleistungen trotz eines stabilen Netzwerks an Hilfen oft wegen bürokratischer Hürden, fehlender Kenntnisse zum Umgang mit Ermessensspielräumen von Behördenmitarbeitern und mangelnder politischer Unterstützung gefährdet sind. So berichteten Helfer und Geflüchtete von den Schwierigkeiten, trotz guter



Sozialminister Manfred Lucha (mit Mikrofon) und Eberhard Haußmann, Geschäftsführer Kreisdiakonieverband (rechts neben ihm), diskutieren mit Flüchtlingen. Foto: Stotz

Deutschkenntnisse, eigener Wohnung und zugesagter Ausbildungsstelle ein gesichertes Bleiberecht zu bekommen, wenn etwa ein Identitätsausweis des Heimatlands fehlt. „Aber wir alle wissen, dass es praktisch unmöglich ist, aus Krisen- und Kriegsgebieten wie Afghanistan oder Syrien einen Pass zu erhalten“, erklärte Ursula Zitzler, die Vorsitzende des Freundeskreises Asyl.

Erich Claß, ein Maler- und Lackierermeister, der in der Ibus-Werkstatt Flüchtlinge ehrenamtlich in den Grundlagen seines Handwerks unterrichtet, erwartet von der Politik die Möglichkeit, auch Geflüchteten ohne Pass Ausbildungs- und Bleibeperspektiven zu eröffnen. „Die Leu-

te leben Tag und Nacht in Angst. Diese Angst müssen wir ihnen nehmen“, erklärte er. Minister Lucha sagte, dass die Politik auf dem Weg sei, Lösungen für diese Menschen zu finden. „Es fehlen Auszubildende und Arbeitskräfte. Wir müssen uns darum kümmern, denen, die sich nichts zu schulden kommen lassen haben, eine Perspektive zu geben“, sagte er.

„Zuwanderungsgesetz ist nötig“

Zwar müsse in Fragen des Passes „nach klaren Spielregeln“ verfahren werden, stellte Lucha klar. Doch „wir müssen den Menschen Sicherheit geben.“ Er sagte politische Unterstützung zu. „Wir arbeiten auf der Ebene der Länderminister bereits

sehr intensiv daran“, berichtete er. „Angesichts der vielen Menschen, die im Mittelmeer ertrinken, müssen wir uns an die Nase fassen und unseren humanitären Anspruch erfüllen. Und wir müssen unseren Rechtsrahmen auch nutzen. Wir brauchen ein Zuwanderungsgesetz jenseits der Asylrechtssystematik, und ich denke, dass wir nach der Wahl in Bayern viele der genannten Dinge bearbeiten können.“

Lucha gab Bundesinnenminister Horst Seehofer dazu noch einen Rat mit auf den Weg. „Ich empfehle ihm vier Wochen Urlaub in einem buddhistischen Kloster mit Heilsschweigen“, danach könne wieder rational über das Thema geredet werden.